

### Das März-Plenum in Hannover

Das Zusammentreffen aller niedersächsischen Landespolitikerinnen und -politiker zu den Plenarsitzungen des Landtages ist jeden Monat durch eine lange Tagesordnung klar strukturiert. Die Plenarsitzungen bieten aber auch jedes Mal eine gute Gelegenheit für einen Meinungsaustausch untereinander – und mit Vertretern von Vereinen, Verbänden und Initiativen.

In der vergangenen Woche luden Feuerwehrführungskräfte im Landesfeuerwehrverband Niedersachsen die Abgeordneten im Anschluss an die Landtagssitzung zum Meinungsaustausch ein. „Feuerwehr trifft Politik“. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, diese Gesprächseinladung anzunehmen, um die Vertreter der Feuerwehren aus meinem Wahlkreis zu begrüßen und natürlich, um zu erfahren, wie wir auf Landesebene die Feuer-

wehren intensiver unterstützen können.

Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in meinem Wahlkreis leisten eine großartige Arbeit für unsere Bürger in den schlimmsten Notsituationen. Dabei wird den Feuerwehrleuten in den unterschiedlichsten Gefahrensituationen vielfältige Kompetenz abverlangt: von fachlichen, technischen Bereichen bis hin zu Situationen, in denen es um „menschliche Begleitung“ geht.

**„Den Feuerwehrleuten wird eine vielfältige Kompetenz abverlangt - dafür müssen sie auch ausgebildet werden“**

Für diese Einsätze brauchen unsere Feuerwehren unbedingt gut ausgebildete Führungskräfte. Aber diese Ausbildung findet nicht ausreichend statt. An der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (früher Landesfeuerweherschule) werden im ersten Halbjahr nur die Hälfte der angefor-

derten Lehrgangsstellen für Freiwillige Feuerwehren bereitgestellt. Das muss sich dringend verbessern.

Die Feuerwehren haben das auch an diesem Abend von Landesregierung und Politik eingefordert. Das Land strebt an, erst bis 2020 die Lehrgangsstellenquote auf 75% zu erhöhen. Ich teile hier die Meinung der Fachleute: Diese Zeitschiene ist viel zu lang. Gerade bei unseren Freiwilligen Wehren würden bald schon Einbrüche bei den Führungskräften erfolgen, die sich gravierend und direkt auf die künftige Einsatzbereitschaft auswirken werden. Zu unser aller Nachteil!

Und deshalb werde ich die Freiwilligen Feuerwehren in ihrem wichtigen Anliegen kräftig unterstützen!



### Rot-Grün verhindert Enquete-Kommission zur Krankenhausversorgung

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Einrichtung einer Enquetekommission zur „Neuausrichtung der Krankenhausplanung und Krankenhausfinanzierung in Niedersachsen – für eine moderne und hochwertige Versorgung“.

Konkret fordert die CDU, dass ein Gremium aus Sachverständigen und Landtagsabgeordneten eingesetzt werden

muss, das konkrete Antworten zu einem ganzen Bündel an Fragen erarbeitet. Im Hinblick auf die Krankenhausplanung geht es unter anderem geht darum, in welcher Zeit ein Krankenhaus zur Grundversorgung erreichbar sein muss, welche Leistungen zur Grundversorgung gehören und welche Rolle die Krankenhäuser in den ländlichen Regionen für die ambulante Grundversorgung spielen.

Daneben soll aber auch die Krankenhausfinanzierung im Fokus der geforderten Enquete-Kommission stehen: Das

Krankenhausfinanzierungsgesetz ist zwar Bundesrecht, die konkrete Ausgestaltung erfolgt jedoch durch Landesrecht, in Niedersachsen durch das Niedersächsische Krankenhausgesetz (NKHG). Zielsetzung ist insofern die Erarbeitung eines Plans, um den Investitionsstau an den niedersächsischen Krankenhäusern aufzulösen.

Die rot-grüne Landtagsmehrheit sah die Notwendigkeit, die Krankenhausversorgung zukunftsfähig aufzustellen, indes nicht - sie lehnte den Antrag der CDU-Fraktion ab.

### Verhaltensauffällige Wölfe: Sicherheit der Bevölkerung hat Vorrang

Der Wolf ist wieder in unsere Region zurückgekehrt und jedenfalls im nördlichen Landkreis Osnabrück und im Landkreis Vechta bereits gesichtet worden. Auch wenn diese Entwicklung insgesamt begrüßt wird, bereitet Politik und Bevölkerung zugleich Sorgen, dass bei einigen Wölfen jede Scheu vor den Menschen verloren zu sein scheint und sich daraus auch Konfliktsituationen ergeben können.

Die Landesregierung plant daher, verhaltensauffällige Wölfe einzufangen. Ein solcher Wolf wird zurzeit im Raum Oldenburg immer wieder gesichtet. Dieser Wolf soll eingefangen und zur kurzfristigen Beobachtung in eine Auffangstation gebracht werden. Ziel ist es, ihn zu besondern um ihn anschließend wieder frei zu lassen. Das Tier soll dabei „unangenehmen Reizen“ ausgesetzt werden.

Hierdurch will man einen Lerneffekt des Wolfes zu erwirken. Diese Maßnahme

reicht nicht aus und ist auch nicht erforscht.

Ein solches Vorgehen gleicht einem offenen Feldversuch auf Kosten der Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum. Ein Wiederaussetzen verhaltensauffälliger Wölfe ist unverantwortlich und abzulehnen. Es birgt zudem die Gefahr, dass die grundsätzlich befürwortete Wiederansiedlung der Wölfe in der Bevölkerung an Akzeptanz verliert, wenn es vor Ort zu Konflikten kommt.